

Inhalt

Einführung

11

1. Der populistische Moment

19

2. Vom Thatcherismus lernen

36

3. Die Radikalisierung der Demokratie

51

4. Die Konstruktion eines Volkes

71

Schlussfolgerungen

92

Theoretisches Nachwort

100

Danksagung

108

Anmerkungen

109

Einführung

Dieses Buch hat seinen Ursprung in meiner Überzeugung, dass die Linke dringend begreifen muss, wie sich die aktuelle Lage darstellt und welche Herausforderungen der »populistische Moment« mit sich bringt. Wir erleben derzeit eine Krise der hegemonialen neoliberalen Formation, und diese Krise eröffnet die Chance zum Aufbau einer demokratischeren Ordnung. Wenn wir diese Chance nutzen wollen, ist es unumgänglich, uns das Wesen der Umwälzungen der letzten dreißig Jahre und deren Konsequenzen für demokratische Politik bewusst zu machen.

Der Grund, weshalb so viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien sich in einem desolaten Zustand befinden, liegt meiner Überzeugung nach darin, dass diese sich an ein inadäquates Politikverständnis klammern – ein Verständnis, dessen Kritik seit vielen Jahren im Zentrum meiner Überlegungen steht. Ihren Anfang nahm diese Kritik in dem 1985 gemeinsam mit Ernesto Laclau veröffentlichten Buch *Hege- monie und radikale Demokratie*.²

Unsere Motivation für dieses Buch war die Unfähigkeit linker Politik, in ihrer marxistischen wie in ihrer sozialdemokratischen Variante, auf eine Reihe von Bewegungen zu reagieren, die im Zuge der Proteste von 1968 entstanden und mit einem Widerstand gegen verschiedene Formen von Unterdrückung einhergingen, der sich nicht in Klassenkategorien fassen ließ. Die zweite Welle des Feminismus, die Schwulen- und Lesbenbewegung, der Kampf gegen den Rassismus und Umweltthemen hatten das politische Panorama grundlegend verändert, doch die traditionellen linksgerichteten Parteien

waren für derartige Forderungen unempfänglich, weil sie deren politischen Charakter nicht erkannten. Vor dem Hintergrund dieses Versagens versuchten wir, die Ursachen für die damalige Lage herauszuarbeiten.

Schnell wurde uns klar, dass die Hindernisse, die es zu überwinden galt, in erster Linie der essentialistischen Sichtweise entsprangen, die das linke Denken beherrschte. Nach dieser Sichtweise, die wir als »Klassenessentialismus« bezeichnet haben, waren politische Identitäten Ausdruck der Stellung gesellschaftlicher Akteure innerhalb der Produktionsverhältnisse, und ihre Interessen durch diese Stellung definiert. Dass eine solche Sichtweise außerstande war, Forderungen zu verstehen, die nicht auf dem Faktor »Klasse« basierten, war wenig überraschend.

Ein wichtiger Teil des Buches war dem Ziel gewidmet, diesen essentialistischen Ansatz mithilfe der Erkenntnisse des Poststrukturalismus zu widerlegen. Indem wir diese Erkenntnisse mit jenen von Antonio Gramsci verbanden, entwickelten wir einen alternativen, »antiessentialistischen« Ansatz, mit dem sich die Vielfalt der Widerstandsbewegungen gegen unterschiedliche Formen der Unterdrückung verstehen ließ. Um das, was diese Bewegungen artikulierten, mit einem politischen Ausdruck zu erfassen, schlugen wir vor, das sozialistische Projekt neu zu definieren, als eine »Radikalisierung der Demokratie«.

Ein solches Projekt erforderte die Bildung einer »Äquivalenzkette«, die neben den Forderungen der Arbeiterklasse auch jenen der neuen Bewegungen Ausdruck verleiht und so einen »gemeinsamen Willen« konstruiert, der auf die Errichtung dessen abzielt, was Gramsci eine »expansive Hegemonie« nannte. Indem wir das linke Projekt neu formulierten, im Sinne einer »radikalen und pluralen Demokratie«,

verankerten wir es im weiteren Feld der demokratischen Revolution und wiesen darauf hin, dass die zahlreichen Emanzipationskämpfe auf der Vielfalt der gesellschaftlichen Akteure und ihrer jeweiligen Bemühungen beruhen. Das Feld für gesellschaftliche Konflikte wurde dadurch erweitert und war nicht mehr auf einen »privilegierten Akteur« wie die Arbeiterklasse beschränkt. Entgegen einigen unaufrichtigen Interpretationen unserer Argumentation heißt das wohlgemerkt nicht, dass wir die Forderungen der neuen Bewegungen auf Kosten derer der Arbeiterklasse privilegieren. Was wir betont haben, war, dass linke Politik die Auseinandersetzungen um die unterschiedlichen Formen der Unterordnung artikulieren muss, ohne irgendeiner davon *a priori* den Vorrang einzuräumen.

Außerdem wiesen wir darauf hin, dass die Ausweitung und Radikalisierung des Kampfes für mehr Demokratie niemals zu einer völlig befreiten Gesellschaft führen wird und man das emanzipatorische Projekt nicht mehr als gleichbedeutend mit der Eliminierung des Staates verstehen kann. Antagonismen, Konflikte und eine gewisse Undurchlässigkeit wird es in einer Gesellschaft immer geben. Daher gelte es, sich vom Mythos des Kommunismus als transparenter und versöhnter Gesellschaft – eine Idee, die klarerweise ein Ende der Politik einschließt – zu verabschieden.

Das Buch entstand in einer Situation, die von der Krise der sozialdemokratischen hegemonialen Formation charakterisiert war, wie sie sich in der Nachkriegszeit herauskristallisiert hatte. Sozialdemokratische Werte wurden durch die neoliberale Offensive infrage gestellt, waren für die Herausbildung des westeuropäischen Common Sense aber noch immer von Bedeutung, und unser Ziel war die Entwicklung einer Strategie, wie man sie verteidigen und radikalisieren

könnte. Als indes im Jahr 2000 die zweite Auflage von *Hege-
monie und radikale Demokratie* erschien, mussten wir in der
neuen Einleitung feststellen, dass in den fünfzehn Jahren seit
der Erstveröffentlichung eine bedenkliche Regression stattge-
funden hatte. Unter dem Vorwand der »Modernisierung«
hatte eine wachsende Zahl sozialdemokratischer Parteien ih-
re »linke« Identität abgestreift und sich euphemistisch als
»Mitte-links-Partei« neu definiert.

Diese neue Lage habe ich in meinem 2005 veröffentlichten
Buch *Über das Politische* analysiert.³ Darin habe ich die Fol-
gen des von Anthony Giddens in der Theorie beschriebenen
und von Tony Blair unter dem Schlagwort »New Labour« in
der Praxis beschrittenen »Dritten Weges« untersucht. Ich ha-
be aufgezeigt, wie die neue britische Mitte-links-Regierung
durch die Akzeptanz der hegemonialen Ordnung, die Mar-
garet Thatcher auf der Basis des Dogmas errichtete, die neoli-
berale Globalisierung sei »alternativlos«, letztlich etwas er-
schuf, was Stuart Hall als »sozialdemokratische Version des
Neoliberalismus« bezeichnet hat. Indem die »radikale Mit-
te« das konfliktäre Politikmodell und die Links/rechts-Di-
chotomie für obsolet erklärte und den »Konsens der Mitte«
zwischen Mitte-links und Mitte-rechts zelebrierte, trat sie
für eine technokratische Spielart von Politik ein, der zufolge
unter Politik nicht die konfrontative Auseinandersetzung
zwischen Parteien, sondern das neutrale Management der öf-
fentlichen Angelegenheiten zu verstehen war.

Tony Blair drückte es so aus: »Die Frage lautet nicht, ob
wir eine linksgerichtete oder eine rechtsgerichtete Wirtschafts-
politik wollen, sondern ob wir eine gute oder eine schlechte
Wirtschaftspolitik wollen.« Die neoliberale Globalisierung
wurde als Schicksal betrachtet, in das wir uns zu fügen hät-
ten, und politische Probleme wurden auf reine Sachfragen re-

duziert, die von Experten gelöst werden müssten. Für eine echte Wahl, die die Bürger zwischen unterschiedlichen politischen Projekten hätten treffen können, blieb da kein Platz; deren Rolle beschränkte sich auf das Absegnen der »vernünftigen« politischen Maßnahmen, die diese Experten ausgearbeitet hatten.

Im Gegensatz zu jenen, die eine solche Lage als Fortschritt einer reifenden Demokratie verkauften, argumentierte ich, diese »postpolitische« Situation sei die Ursache für den Prozess der zunehmenden Entfremdung von demokratischen Institutionen, der sich in der wachsenden Zahl der Nichtwähler manifestiere. Zugleich warnte ich vor dem zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer Parteien, die sich als Alternative darstellten, die den Menschen ihre von den etablierten Eliten konfiszierte Stimme zurückgebe. Ich beharrte darauf, dass es unumgänglich sei, sich vom postpolitischen Konsens zu verabschieden und das konfrontative Wesen der Politik wieder in den Vordergrund zu rücken, um so die Grundlage für eine »agonistische« Debatte über mögliche Alternativen zu schaffen.

Zu diesem Zeitpunkt war ich, wie mir heute bewusst ist, noch immer davon überzeugt, dass sozialistische und sozialdemokratische Parteien so umgestaltet werden könnten, dass sie das von uns in *Hegemonie und radikale Demokratie* propagierte Projekt der Radikalisierung der Demokratie umsetzen könnten.

Dies ist offensichtlich nicht geschehen, und während der Rechtspopulismus große Erfolge verbuchen konnte, hat bei den sozialdemokratischen Parteien in den meisten westeuropäischen Demokratien ein Niedergangsprozess eingesetzt. In der Wirtschaftskrise von 2008 traten die Widersprüche des neoliberalen Modells dann allerdings deutlich zutage,

und mittlerweile wird die neoliberale hegemoniale Formation von einer Vielzahl gegen das Establishment gerichteter Bewegungen infrage gestellt, auf der Rechten wie auf der Linken. Das ist die neue Lage, die ich als den »populistischen Moment« bezeichne und die ich hier näher untersuchen möchte.

Die zentrale These dieses Buches lautet, dass eine erfolgreiche Intervention in dieser Krise der hegemonialen Ordnung den Aufbau einer klaren politischen Frontlinie voraussetzt und dass ein linker Populismus – verstanden als diskursive Strategie, die auf die Errichtung einer politischen Frontlinie zwischen »dem Volk« und »der Oligarchie« abzielt – in der derzeitigen Lage genau die Art von Politik darstellt, die zur Wiederherstellung und Vertiefung der Demokratie vonnöten ist.

In *Über das Politische* habe ich angeregt, die Frontlinie zwischen links und rechts wiederzubeleben. Heute bin ich überzeugt, dass eine solche Frontlinie in ihrer traditionellen Gestalt nicht mehr ausreicht, um einen kollektiven Willen zu artikulieren, der die Vielzahl der heute existierenden demokratischen Forderungen umfasst. Der populistische Moment ist Ausdruck einer Reihe heterogener Forderungen, die sich nicht einfach in Form von Interessen formulieren lassen, die mit bestimmten gesellschaftlichen Kategorien verknüpft sind. Außerdem sind im neoliberalen Kapitalismus neue Formen der Unterordnung entstanden, die jenseits des Produktionsprozesses liegen. Daraus sind Forderungen entsprungen, die nicht länger mit gesellschaftlichen Sektoren korrespondieren, die man mit soziologischen Begriffen fassen oder über ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft definieren könnte. Derartige Forderungen – der Schutz der Umwelt oder der Kampf gegen Sexismus, Rassismus und andere Formen der

Unterdrückung – haben immer größerer Bedeutung erlangt. Daher muss die politische Frontlinie heute auf eine »populistische«, transversale Art und Weise konstruiert werden. Dem ungeachtet werde ich allerdings auch argumentieren, dass die »populistische« Dimension nicht ausreicht, um die Art von Politik zu charakterisieren, die die aktuelle Lage erfordert. Um anzuzeigen, welchen Werten dieser Populismus verpflichtet ist, muss man ihn als einen »linken« Populismus beschreiben.

Indem sie anerkennt, welche zentrale Rolle der demokratische Diskurs für das politische Imaginäre unserer Gesellschaften spielt, und indem sie zwischen den mannigfaltigen Kämpfen gegen die Unterordnung eine Äquivalenzkette herstellt, mit der Demokratie als hegemonialem Signifikantem im Zentrum, spricht eine linke populistische Strategie die Aspirationen vieler Menschen an. Im Laufe der nächsten Jahre, so meine Argumentation, wird die zentrale Achse der politischen Auseinandersetzung zwischen einem rechtsgerichteten und einem linksgerichteten Populismus verlaufen. Und deshalb ist es die Konstruktion eines »Volkes«, eines kollektiven Willens, der der Mobilisierung gemeinsamer Affekte zur Verteidigung der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit entspringt, die es ermöglichen wird, die vom Rechtspopulismus propagierte fremdenfeindliche Politik zu bekämpfen.

Insofern, als nun wieder politische Frontlinien hergestellt werden, deutet der »populistische Moment« nach Jahren der Postpolitik auf eine »Rückkehr des Politischen« hin. Diese Rückkehr kann den Weg für autoritäre Lösungen freimachen – von Regimen, die die liberalen, demokratischen Institutionen schwächen –, sie kann aber auch zu einer erneuten Bekräftigung und Ausweitung demokratischer Werte führen. Alles hängt davon ab, welchen politischen Kräften es ge-

lingen wird, die derzeitigen demokratischen Forderungen zu hegemonialisieren, und welche Art von Populismus aus dem Kampf gegen die Postpolitik siegreich hervorgehen wird.

1. Der populistische Moment

Eines möchte ich gleich zu Beginn klarstellen: Ich habe weder die Absicht, dem bereits jetzt überreich bestellten Feld der »Populismusforschung« einen weiteren Beitrag hinzuzufügen noch mich an der fruchtlosen akademischen Debatte über das »wahre Wesen« des Populismus zu beteiligen. Dieses Buch ist als politische Intervention gedacht und macht aus seiner Parteilichkeit keinen Hehl. Ich werde definieren, was ich unter einem »linken Populismus« verstehe, und argumentieren, dass dieser in der derzeitigen Lage die angemessene Strategie darstellt, um die für eine demokratische Politik konstitutiven Ideale der Gleichheit und Volkssouveränität wiederherzustellen und zu vertiefen.

Als Politologin orientiert sich mein theoretisches Denken an Machiavelli, der sich, wie Althusser uns in Erinnerung gerufen hat, stets »in die Lage« versetzt hat, anstatt »über die Lage« zu reflektieren. Dem Vorbild Machiavellis folgend, werde ich meine Überlegungen in einer spezifischen Lage verankern und nach der, wie Machiavelli sagen würde, *verita effettuale de la cosa* (der tatsächlichen Wahrheit der Sache) des »populistischen Moments« suchen, dessen Zeugen wir in den westeuropäischen Ländern derzeit werden. Ich beschränke mich in meiner Analyse auf Westeuropa, weil der Populismus zwar ohne Zweifel auch in Osteuropa eine relevante Frage ist, diese Länder jedoch eine gesonderte Analyse erfordern, da ihre politische Kultur von ihrer spezifischen Geschichte als ehemals kommunistische Staaten geprägt ist. Dasselbe gilt für die verschiedenen Formen des lateinamerikanischen Populismus. Zwar weisen die unterschiedlichen Populismen ge-

wisse »Familienähnlichkeiten« auf, doch sie reagieren jeweils auf eine ganz konkrete Lage und müssen in ihrem jeweiligen Kontext verstanden werden. Ich hoffe, dass meine Überlegungen zur Lage in Westeuropa einige Einblicke liefern, die auch für die Beschäftigung mit anderen Populismen von Nutzen sein können.

Auch wenn ich ein politisches Ziel verfolge, wird ein signifikanter Teil meiner Überlegungen theoretischer Natur sein, beruht die von mir verfochtene linkspopulistische Strategie doch auf einem antiessentialistischen theoretischen Ansatz, der davon ausgeht, dass Gesellschaften stets gespalten sind und dass sie durch hegemoniale Praktiken diskursiv konstruiert werden. Da ein erheblicher Teil der Kritik am »Linkspopulismus« auf einem Missverständnis dieses Ansatzes basiert, ist es wichtig, ihn hier explizit zu beschreiben. Ich werde mich in meiner Argumentation immer wieder auf zentrale Grundsätze des antiessentialistischen Ansatzes berufen; weitere Erläuterungen finden sich im theoretischen Anhang am Ende dieses Buches.

Um mögliche Missverständnisse von vornherein zu vermeiden, möchte ich als Erstes näher ausführen, was ich unter »Populismus« verstehe. Unter Verwerfung der abwertenden Verwendung dieses Begriffes in den Medien, wo mit ihm alle abqualifiziert werden, die sich gegen den Status quo wenden, halte ich mich an den von Ernesto Laclau entwickelten analytischen Ansatz, da es dieser ermöglicht, sich der Frage des Populismus auf eine Weise anzunähern, die mir besonders fruchtbar erscheint.

In seinem Buch *On Populist Reason* definiert Laclau Populismus als eine Diskursstrategie, die eine politische Frontlinie aufbaut, indem sie die Gesellschaft in zwei Lager aufteilt und zu einer Mobilisierung der »Benachteiligten« gegen »die an

der Macht« aufruft.⁴ Populismus ist keine Ideologie, und man kann ihm keinen spezifischen programmatischen Inhalt zuordnen. Ebenso wenig stellt er ein politisches Regime dar. Es handelt sich um eine Art, Politik zu betreiben, die zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten unterschiedliche ideologische Formen annehmen kann und mit einer Vielzahl institutioneller Rahmenbedingungen kompatibel ist. Von einem »populistischen Moment« kann man sprechen, wenn die vorherrschende Hegemonie unter dem Druck politischer oder sozioökonomischer Umwälzungen durch eine Vervielfachung unerfüllter Forderungen destabilisiert wird. In einer solchen Situation gelingt es den bestehenden Institutionen nicht mehr, sich mit ihren Versuchen, die existierende Ordnung zu verteidigen, die Loyalität des Volkes zu sichern. In der Folge wird der historische Block, der die gesellschaftliche Basis einer hegemonialen Formation darstellt, disartikuliert, und es eröffnet sich die Chance, ein neues Subjekt des kollektiven Handels zu konstruieren – das Volk –, das in der Lage ist, eine als ungerecht empfundene Gesellschaftsordnung umzugestalten.

Genau das, behaupte ich, charakterisiert unsere derzeitige Lage, und daher ist es angemessen, von einem »populistischen Moment« zu sprechen. Dieser populistische Moment ist ein Zeichen für die Krise der neoliberalen hegemonialen Formation, die im Laufe der achtziger Jahre in Westeuropa nach und nach errichtet wurde. Diese neoliberale hegemoniale Ordnung löste den sozialdemokratischen, keynesianischen Wohlfahrtsstaat ab, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den demokratischen Staaten Westeuropas dreißig Jahre lang das vorherrschende sozioökonomische Modell dargestellt hatte. Den Kern dieser neuen hegemonialen Formation bildet eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Prak-

tiken, die auf die Herrschaft des Marktes abzielen – auf Deregulierung, Privatisierung und finanzpolitische Austerität – und die Rolle des Staates auf den Schutz des Privateigentums, freier Märkte und des Freihandels beschränken. »Neoliberalismus« ist der Ausdruck, der derzeit für diese hegemoniale Formation verwendet wird, eine Ordnung, die keineswegs auf die wirtschaftliche Sphäre beschränkt ist, sondern ein ganzes Gesellschaftsmodell und ein Bild des Individuums beinhaltet, die auf der Philosophie des Besitzindividualismus basieren.

Dieses Modell, das ab den achtziger Jahren in verschiedenen Ländern umgesetzt wurde, war im Wesentlichen unangefochten, bis es in der Finanzkrise von 2008 unübersehbar an seine Grenzen stieß. Diese Krise, die ihren Ursprung im Zusammenbruch des Marktes für Subprime-Hypotheken in den USA 2007 hatte, entwickelte sich mit der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im Jahr darauf zu einer ausgewachsenen internationalen Bankenkrise. Um den Zusammenbruch des Weltfinanzsystems zu verhindern, mussten gewaltige Rettungspakete für Finanzinstitutionen geschnürt werden. Das sich anschließende Abflauen der Weltkonjunktur hatte für mehrere europäische Volkswirtschaften schwerwiegende Auswirkungen und provozierte eine europäische Schuldenkrise. Um diese zu bewältigen, setzten die meisten europäischen Staaten auf eine Sparpolitik, die vor allem in den südlichen Ländern drastische Auswirkungen zeitigte.

Anlässlich der Wirtschaftskrise verdichtete sich eine Reihe von Widersprüchen und führte zu einem »Interregnum«, wie Gramsci es ausdrücken würde: einer Krisenzeit, in der verschiedene zentrale Bestandteile des im Zuge eines hegemonialen Projekts hergestellten Konsenses infrage gestellt werden. Der »populistische Moment«, den wir derzeit erle-